

## Stadtparlament

---

### Wortprotokoll

19. Sitzung der Legislatur 2023 - 2027

**Dienstag, 24. Juni 2025, 19:00 Uhr, Seeparksaal**

<b>Vorsitz:</b>	Matthias Schawalder, SVP
<b>Entschuldigt:</b>	Luzi Schmid, Stadtrat, Die Mitte
<b>Anwesend Stadtparlament:</b>	30
<b>Anwesend Stadtrat:</b>	René Walther, FDP Daniel Bachofen, SP Dieter Feuerle, Grüne Reto Neuber, Die Mitte
<b>Protokoll:</b>	Flavio Schambron, Parlamentssekretär

---

### Traktanden

- 19/1. Mitteilungen  
Mitteilungen aus dem Parlamentsbüro  
Mitteilungen der Einbürgerungskommission (EBK)
- 19/2. Jahresrechnung und -bericht 2024  
Eintreten, Detailberatung, Beschlussbefassung
- 19/3. Motion "Angemessene Sitzungsgelder für Parlamentsmitglieder" von Felix Heller, SP  
Eintreten, Detailberatung, Beschlussfassung
- 19/4. Wahlbüro der Stadt Arbon, Erhöhung der Entschädigung  
Eintreten, Detailberatung, Beschlussfassung
- 19/5. Wahlen, Ersatzwahl; Mitglied Einbürgerungskommission, Restlegislatur 2023-2027  
Rücktritt: Christine Schuhwerk, FDP/XMV
- 19/6. Pumptrack Frasnacht Kreditgenehmigung  
Wahl 5er-Kommission
- 19/7. Fragerunde
- 19/8. Informationen aus dem Stadtrat

**Präsident Matthias Schawalder, SVP:** Geschätzte Parlamentarierinnen und Parlamentarier, geschätzte Medienschaffende, liebe Besucherinnen und Besucher, sehr geehrte Damen und Herren, herzlich willkommen zur heutigen Sitzung des Arboner Stadtparlaments und gleichzeitig zum wahrscheinlich wärmsten Anlass im politischen Kalender dieses Monats. Ich muss sagen, es gibt Momente, da bin ich richtig froh, im Parlament zu sitzen. Heute ist so einer. Draussen brät die Sonne alles, was nicht rechtzeitig den Schatten erreicht hat. Und hier drin haben wir angenehme Temperaturen, mehr oder weniger bequeme Stühle, eine Flasche Wasser in Reichweite. Der Sommer steht vor der Tür. Einige von uns haben wahrscheinlich schon geistig die Badetücher ausgebreitet, die Wanderschuhe geschnürt oder den Campingkocher vorgewärmt. Ich bitte trotzdem um volle Konzentration, zumindest bis nach dem Traktandum Informationen aus dem Stadtrat. Die Sitzung ist hiermit eröffnet.

Es sind 30 Parlamentsmitglieder anwesend; die Beschlussfähigkeit ist somit gegeben.

Traktandenliste:

**Riquet Heller, FDP/XMV:** Sie haben meinen Antrag betreffend die Traktandenliste bereits schriftlich erhalten. Ich halte mich demzufolge kurz. Ich meine, dass wir beim Pumptrack in Frasnacht direkt beschliessen können und keine Kommission brauchen. Demzufolge meine ich, dass wir für diesen Pumptrack keine Kommission brauchen und demzufolge die Traktandenliste entsprechend abzuändern haben, nämlich dass das Traktandum lautet: Eintreten, Beratung, Beschlussfassung über diesen Kredit und allenfalls Einsetzung einer 5er-Kommission. Ich bitte Sie, diesen Antrag betreffend die Traktandenliste zu genehmigen. Meinen Sie, es sei trotzdem eine 5er-Kommission einzusetzen, kann man das materiell beim entsprechenden Traktandum 6 immer noch bestimmen und beantragen.

**Jakob Auer, SP/Grüne:** Ich habe Verständnis für diesen Antrag. Schon im Büro habe ich eine 5er- statt eine 7er-Kommission gefordert. Du sagst es richtig. Auch wenn bei anderen Geschäften, die im Betrag doppelt so hoch waren, die Mehrheit des Parlaments keine Kommission wünschte, ist es hier beitragsmässig – ich gestatte mir das Wort – lächerlich. Nichtsdestotrotz haben wir einen Auftrag und haben Finanzkompetenzen. Wenn wir eine vorberatende Kommission gemäss Reglement ernennen wollen, sollen wir das machen. Eine vorberatende Kommission ist sich ihres Auftrags bewusst und soll dazu dienen, dass das Geschäft im Parlament sachkundig, ohne Verzögerung, rasch und zügig verabschiedet werden kann. Deshalb empfehle ich zusammen mit der Fraktion SP/Grüne einstimmig, den Antrag Heller abzulehnen.

### **Abstimmung**

Der Antrag von Riquet Heller wird mit 8 Ja-Stimmen gegen 21 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung abgelehnt.

### **1. Mitteilungen**

#### **Präsident Matthias Schawalder, SVP:**

Sie haben für die heutige Sitzung sämtliche Unterlagen fristgerecht erhalten.

Mitteilungen aus dem Parlamentsbüro:

Das Protokoll der 18. Parlamentssitzung dieser Legislatur ist genehmigt und online einsehbar.

Parlamentarische Vorstösse:

An der heutigen Sitzung sind folgende parlamentarische Vorstösse eingegangen:

- Einfache Anfrage «Skulpturen Altstadt» von José Franco, Grüne
- Einfache Anfrage «Mauersegler - Sanierung Schlossturm» von Riquet Heller, FDP

Diese gehen an den Stadtrat zur Beantwortung.

- Interpellation «Wie weiter mit dem Schloss Arbon?» von Konrad Brühwiler, Rudolf Daepf, Ulrich Nägeli, Corinne Straub, Matthias Schawalder und Kurt Boos, alle SVP

Diese geht nun in Zirkulation.

## **2. Jahresrechnung und -bericht 2024 Eintreten, Detailberatung, Beschlussfassung**

**Präsident Matthias Schawalter, SVP:** Der Stadtrat hat am 15. April 2025 den Jahresbericht und die Jahresrechnung 2024 zuhanden des Stadtparlaments verabschiedet. Der Stadtrat stellt folgende Anträge:

1. Der Jahresbericht 2024 sei zu genehmigen.
2. Die zusätzliche Einlage von CHF 300'000 in den Energie- und Umweltfonds zulasten der Erfolgsrechnung 2024 sei zu genehmigen.
3. Die Jahresrechnung 2024, bestehend aus der Bilanz, der Erfolgsrechnung, der Investitionsrechnung, der Geldflussrechnung und dem Anhang sei zu genehmigen.
4. Der Ertragsüberschuss der Erfolgsrechnung von CHF 6'278'282.52 sei dem Eigenkapital gutzuschreiben.

Die FGK empfiehlt Ihnen einstimmig, den Anträgen des Stadtrats zuzustimmen.

Eintreten ist obligatorisch.

**Mischa Vonlanthen, Die Mitte/EVP, Präsident der Finanz- und Geschäftsprüfungskommission (FGK):** Ich spreche für die FGK, gleichzeitig aber auch für die Fraktion Die Mitte/EVP. Diese steht hinter dem Eintretensvotum der FGK. Deshalb erübrigt sich eine separate Wortmeldung zum Eintreten von unserer Fraktion.

Die Beratung der Jahresrechnung 2024 stand im Zeichen des Abschieds und des Umbruchs. Die erste Sitzung der FGK zu diesem Geschäft leitete Ende April noch deren langjähriger Präsident Cyrill Stadler. Die zweite Sitzung Anfang Mai wurde von mir interimswise und in reduzierter FGK-Zusammensetzung geleitet, da die offizielle Ersatzwahl und die Wahl zum FGK-Präsidenten noch gar nicht stattgefunden hatten. Und die dritte Sitzung, an welcher der vorliegende Bericht beraten wurde, fand dann erstmals in der neuen Konstellation statt. Trotz dieser etwas schwierigen Voraussetzungen konnten die Jahresrechnung und der Jahresbericht 2024 in der notwendigen Sorgfalt geprüft und diskutiert werden.

Mir ist es an dieser Stelle zuerst aber nochmals wichtig und auch ein Anliegen, Cyrill Stadler und Silke Sutter Heer ganz herzlich für ihren langjährigen, verdienten Einsatz in der FGK zu danken. Mit diesen beiden Mitgliedern ging natürlich einiges an Erfahrung, an Hintergrundwissen und an Kompetenz verloren. Ich bin aber auch überzeugt, dass die FGK auch in ihrer neuen Zusammensetzung mit Christine Schuhwerk und Genc Zumeri sich finden, wieder gut zusammenarbeiten und harmonieren wird.

Wie erwähnt, hat die FGK die Rechnung 2024 an drei Sitzungen beraten und dem Stadtrat zum Bericht und zur Jahresrechnung einige Fragen gestellt. Die Antworten darauf finden Sie im Bericht, welcher Ihnen allen rechtzeitig zugestellt wurde. Es erübrigt sich deshalb aus meiner Sicht, ganze Teile des Berichts zu wiederholen. Folglich will ich mich beim Eintreten jetzt relativ kurzhalten. Das Eintreten ist, wie wir gehört haben, obligatorisch.

Was sticht bei der Jahresrechnung 2024 besonders hervor?

1. Budgetiert war ein Defizit von CHF 176'000. Der ausgewiesene Jahresgewinn von über CHF 6 Mio. ist auf den ersten Blick als absolut rekordverdächtig zu bezeichnen. Hauptgrund für dieses Ergebnis sind allerdings notwendige Wertberichtigungen beim Finanzvermögen in der Höhe von über CHF 4 Mio. Dadurch hat die Stadt im Moment keinen Franken zusätzlich in der Kasse. Auf den zweiten Blick ist deshalb der Jahresgewinn zwar nicht mehr als ausgezeichnet, aber immerhin doch noch als erfreulich zu werten.
2. Die Steuererträge lagen sowohl bei den natürlichen als auch bei den juristischen Personen über Budget. Als nachhaltig kann das aber leider nicht bezeichnet werden, sondern ist eher dadurch begründet, dass die kantonale Steuerverwaltung bei den Veranlagungen stark im Rückstand ist.
3. Die getätigten Investitionen haben mit einem Umsetzungsgrad von weniger als 40 % den tiefsten Stand der letzten fünf Jahre erreicht. Dies, obwohl mit dem detaillierten Projektcontrolling etwas ganz anderes versprochen wurde. Die FGK ist sich durchaus bewusst,

dass die Umsetzung von budgetierten Investitionen von zahlreichen Faktoren abhängig ist. Umso wichtiger wäre es, dass der Stadtrat bei nicht ausgeführten Investitionen im Jahresbericht wenigstens eine nachvollziehbare Begründung liefert. Das ist im vorliegenden Jahresbericht nicht oder nur zum Teil der Fall.

4. Die FGK unterstützt die zusätzliche Einlage von CHF 300'000 in den Energie- und Umweltfonds zulasten der Erfolgsrechnung. Dieser Antrag ist im Einklang mit dem Reglement über den Energie- und Umweltfonds. Der Bedarf nach Förderbeiträgen ist ausgewiesen und wird künftig noch weiter steigen. Sollte diese Prognose wider Erwarten doch nicht eintreffen, kann zu gegebenen Zeitpunkt auf die jährliche Einlage in den Energie- und Umweltfonds dann verzichtet werden.

Die FGK beantragt Ihnen deshalb einstimmig, allen Anträgen des Stadtrats vom 14. April 2025 zuzustimmen. Ich meine zwar, wenn ich auf diese Folie schaue, dass unter Punkt 4 immer noch die falsche Zahl steht. Der richtige Gewinn wäre nämlich 51 Rappen und nicht 52 Rappen. Das müsste zumindest im Bericht der FGK so stehen.

Ich bedanke mich an dieser Stelle beim Stadtrat und der Verwaltung, insbesondere auch bei Finanzchef Pascal Bächler für die gute Zusammenarbeit. In den Dank schliesse ich auch die Kolleginnen und Kollegen der FGK ein. Die Zusammenarbeit in der FGK ist respektvoll und lösungsorientiert, und zwar über alle Parteigrenzen hinweg. Das ist keine Selbstverständlichkeit und deshalb umso erfreulicher. Ich freue mich jetzt auf eine interessante und speditive Behandlung der Jahresrechnung und des Jahresberichts 2024 im Plenum.

**Jakob Auer, SP/Grüne:** Die Rechnung schliesst erfreulicherweise mit einem Gewinn ab. Der Stadtrat hat es in seiner Einleitung ausgeführt, zu einem grossen Teil tragen Wertberichtigungen dazu bei. Auch wenn in einem Bereich, der mehrheitlich Ausgaben von Gesetzes wegen enthält, die Rechnung ein bisschen daneben liegt, ist es wunderbar, festzustellen, wie die restlichen Bereiche budgettreu gearbeitet haben. Einmal mehr danken wir den Mitarbeitenden der Stadt Arbon für den täglichen Einsatz und das Engagement in einem Umfeld, das wohl nicht durchwegs als optimal zu bezeichnen ist. Woran sehen wir das? Vielleicht an den 16 Fluktuationen inkl. den Pensionierungen. Nach wie vor sehen wir, dass die Stellen beim Kader und im Expertenbereich sowie auch die restlichen offenen Stellen anhaltend schwieriger zu besetzen sind. Ausführungen zu einer möglichen Strategie sind nicht zu finden oder fehlen. Ich würde mir ein planvolles Vorgehen wünschen, das eine funktionierende und effiziente Verwaltung begünstigt.

Wir bleiben weiterhin auf qualifizierte Mitarbeitende angewiesen. Das zeigt unter anderem auch der Blick, und das wiederholt sich immer, auf nicht ausgeschöpfte Investitionen. Um geplante Investitionen auf den Weg zu bringen, benötigen wir Mitarbeitende, die sich den Projekten widmen können und diese zum Fliegen bringen. Das geht nicht, wenn Kapazitäten fehlen.

Es freut uns, dass die Rechnung auch ohne Einbezug der Wertberichtigungen aufgegangen ist und ein durchaus positives Resultat zustande gekommen ist. Die Fraktion SP/Grüne ist für Eintreten.

**Christine Schuhwerk, FDP/XMV:** Im Namen der Fraktion FDP/XMV danke ich dem Stadtrat für den Jahresbericht, der Finanz- und Geschäftsprüfungskommission für ihre gute Arbeit und Präsident Mischa Vonlanthen für den detaillierten Bericht.

Es ist erfreulich, dass Arbon nun bereits zum siebten Mal in Folge die Rechnung mit einem positiven Ergebnis abschliesst. Der Ertragsüberschuss von ca. CHF 6.27 Mio. ist ein erfreuliches Zeichen für die finanzielle Gesundheit unserer Stadt. Ein wesentlicher Faktor für die ausgezeichneten Ergebnisse sind die Wertberichtigungen beim Finanzvermögen in der Höhe von CHF 4.1 Mio. Zudem hat der betriebsbedingte Ertragsüberschuss von CHF 2.351 Mio. dazu beigetragen, welcher unter anderem durch die höheren Steuereinnahmen von natürlichen sowie juristischen Personen aus den Vorjahren generiert wurde. Positiv hervorheben möchte die FDP/XMV auch die erfreuliche Disziplin bei der Budgeteinhaltung in den operativen Bereichen der Stadt.

Der Jahresbericht, angereichert mit so vielen informativen Grafiken und Tabellen, war für uns sehr klar und verständlich.

Dennoch müssen wir wie jedes Jahr auf die nach wie vor viel zu tiefen Investitionen hinweisen. Unter dem Druck negativer Jahresabschlüsse kann es zwar nachvollziehbar erscheinen, Investi-

tionen zurückhaltend zu gestalten, doch nach dem siebten positiven Ergebnis und Millionenüberschüssen ist es dringend notwendig, dass Arbon in die Infrastruktur investiert. Wir hoffen, dass im Rahmen von STEP24 entsprechende Projekte auf die Agenda kommen und in den kommenden Jahren umgesetzt werden.

Die Fraktion FDP/XMV ist für Eintreten und unterstützt die Anträge des Stadtrats sowie der FGK.

**Ulrich Nägeli, SVP:** Auch wir von der SVP bedanken uns für die kooperative Zusammenarbeit, insbesondere bei Pascal Büchler, Leiter Finanzen für die viele Arbeit, die Geduld mit uns und die vielen Überstunden. Ebenso dem Stadtrat sowie allen Personen, die mitgeholfen haben, unsere vielen Fragen in der Kommission rechtzeitig, sachlich und transparent zu beantworten. Mein Dank geht auch an die gesamte FGK, insbesondere an den neuen Präsidenten Mischa Vonlanthen. Wir haben einen reibungslosen Übergang vom alten zum neuen Präsidenten erlebt.

Insgesamt ist das erreichte Resultat im Jahr 2024 überaus erfreulich und sehr erfolgreich. Wie schon gesagt, das siebte in Folge. Der Jahresabschluss ist ausgezeichnet, jedoch ziehen wir die richtigen Schlüsse daraus. Gern werde ich daher eine Verständnisfrage in der Diskussion zu unserem Steuerfuss an Stadtpräsident René Walther stellen. Die SVP-Fraktion ist einstimmig für Eintreten.

**José Franco, SP/Grüne:** Ich bin Mitglied der Kommission und möchte hier festhalten, dass diese Jahresrechnung von der zuständigen Kommission eingehend und mit grosser Sorgfalt geprüft wurde. Sämtliche Positionen wurden detailliert analysiert und kritisch hinterfragt. Bei Unklarheiten haben wir uns als Kommission direkt an die Stadtverwaltung gewandt und konnten die Fragen mit den zuständigen Mitarbeitenden zu unserer Zufriedenheit klären. Nach der eingehenden Prüfung der Rechnung 2024 empfehle ich als Parlamentarier und Kommissionsmitglied die Annahme der Jahresrechnung. Vielen Dank für die Zusammenarbeit mit der Stadtverwaltung, die einen sehr grossen Aufwand betrieben hat.

**Stadtpräsident René Walther, FDP:** An dieser Stelle herzlichen Dank meinen Arbeitskolleginnen und Arbeitskollegen und dem Stadtrat sowie der Kommission für die geleistete Arbeit. Vielleicht kurz ein paar Worte zu den Investitionen: Es ist uns bewusst, dass wir nicht das investieren konnten, was wir uns zum Ziel gesetzt hatten. Grundsätzlich kann man sagen, wenn man den Finanzplan anschaut, dass wir ein Niveau von etwa CHF 7.5 Mio. im Jahresschnitt erreichen müssen, um in Arbon den Werterhalt sicherzustellen.

Viele Projekte benötigen eine lange Vorlaufzeit, bis sie überhaupt auf der politischen Ebene erscheinen. Meistens sind es etwa 2.5 Jahre. Die bewilligten Projekte haben leider durch Einsparungen und andere Gründe Verzögerungen erlitten, aber sie sind in der Pipeline, sie kommen.

Wir sind auch jetzt an der Erarbeitung weiterer Projekte, über die Sie diesen Herbst und nächstes Frühjahr abstimmen werden. Insgesamt werden CHF 10 Mio. auf dem Tisch liegen, die es zu bewilligen gilt. Dann kommen noch andere Projekte, die wir nicht selber im Griff haben, nämlich die St. Gallerstrasse sowie der Investitionsbeitrag, den wir an den Kanton abliefern müssen inkl. Scheidwegkreisel. Diese Rechnungen kommen in den nächsten Jahren, und es kann durchaus passieren, dass dann auch Jahre kommen, wo wir durch diese Effekte insgesamt CHF 11 Mio. ausgeben. Wichtig ist, dass wir in den nächsten Jahren im Durchschnitt CHF 7.5 Mio. anpeilen werden.

Materielle Beratung

Jahresbericht 2024

**Riquet Heller, FDP/XMV:** Alle Jahre wieder, wir haben ein sehr schönes Titelbild, ein super Foto. Nur leider wiederum eine Drohnenaufnahme. Das wird zur Üblichkeit. Demzufolge braucht es, wenn Sie irgendeine Konfirmation oder eine Firmung haben, auch einen Flieger. Da ist die Stadt nun mal Trendsetter. Sie können darüber lachen. Wenn Sie das nicht zur Mode haben wollen, dann bitte einmal ein Titelblatt, wo wieder einmal ein Foto von einem Fotografen publiziert wird, der am Boden fotografiert.

S. 28 Thema Handlungsdruck Fiskalpolitik

**Ulrich Nägeli, SVP:** Meine Frage richtet sich an Stadtpräsident René Walther. Die Fiskalpolitik ist ein wirtschaftspolitisches Instrument des Staates und der Gemeinden, welche mittels der Beeinflussung von Steuern und der Staatsausgaben die konjunkturellen Schwankungen auszugleichen versuchen. Ziel ist es, ein stabiles Wirtschaftswachstum zu behalten. Wir haben es gehört, das siebte Jahr mit einer positiven Bilanz in Arbon. Zugegeben, eine äusserst komfortable Situation. Vieles wurde in den letzten Jahren richtig gemacht, um ein solches Resultat zu erreichen. Arbon ist sehr resilient, erstarbt und zeigt finanzielle Muskeln. Vielen Dank an alle, die dazu beigetragen haben. Mit so einem Jahresbericht 2024 kann es eigentlich keine Kritik geben. Das Jahr 2025 läuft bereits, und somit ist es wichtig, jetzt die richtigen Schlüsse zu ziehen, um weitere Entscheide für das Jahr 2026 frühzeitig zu planen.

Arbon hat gewollt oder ungewollt finanzielle Reserven aufgebaut. Kritisch darf man das hinterfragen. Was machen wir mit diesen Reserven? Ist es sinnvoll, weitere Reserven aufzubauen oder benötigen wir diese? Wirtschaftlich gesehen sollten sich Einnahmen und Ausgaben etwa in der gleichen Bandbreite bewegen, dies für einen optimalen Einsatz von investierten Geldern. In Arbon haben wir ein Problem. Unsere geplanten Investitionen hinken wie bereits erwähnt seit Jahren den Vorgaben hinterher. Tendenz weiter fallend. 2024 konnten nur noch 37 % der geplanten Investitionen erledigt werden. Die Gründe sind vielfältig. Verzögerungen durch Einsparungen, Fachkräftemangel, zu wenig Personal usw. Dies sind nur einige Ursachen. Dieses Problem wird sich auch im Jahr 2026 nicht auflösen.

Wir sehen das anhand von zwei Kennlinien. Seit Jahren ist die Investitionslinie sinkend. Eigentlich sollte sie bei 100 % sein, seit Jahren sinkt sie und zeigt jetzt Richtung 37 %. 2023 betrug unser Eigenkapital CHF 60 Mio., 2024 75 Mio. inkl. Wertberichtigungen. Diese beiden Linien sollten eigentlich möglichst parallel verlaufen. Doch die Investitionslinie ist sinkend und die Vermögenslinie ist steigend. Sie haben sich gekreuzt und zeigen jetzt eine Schere, sie laufen auseinander. Wir bilden mehr Reserven und sind im Moment nicht fähig zu investieren. Die Linien sollten einander folgen und aneinander gekoppelt sein.

Auf der anderen Seite bezahlen unsere Bürgerinnen und Bürger und das heimische Gewerbe zurzeit zu viel Steuern für Investitionen, die sich einfach nicht in der geplanten Geschwindigkeit umsetzen lassen. Das ist Fakt und sollte justiert werden.

Nehmen wir eine weitere Feststellung dazu. Arbon ist kein Magnet für Firmenzuzüge, sondern hat eher eine Tendenz zur Abwanderung. Arbon kann genügend Industrie- und Gewerbeland zur Verfügung stellen. Da könnte man sich doch die Frage stellen, ob wir als Stadt Arbon mit den höchsten Steuern im Kanton Thurgau eventuell mit einer attraktiven Steuersenkung doch noch etwas erreichen wollen. Arbon hat auch zu wenig lokale Arbeitsplätze. Auch unsere Steuerzahler, unsere Bürger würden gern eine Entlastung gebrauchen, um die eigene Kaufkraft zu stärken. Diese fliesst ja dann auch wieder zurück in die Kasse.

Das bedeutet, dass wir mit geplanten, umsetzbaren Investitionen und tiefen Steuern fiskalpolitisch in Arbon eigentlich optimal investieren können, ohne dass übermässig viel Kapital gebunkert oder ungenutzt in den Reserven eingelagert wird. Die Investitionen müssen auf ein reales Machbarkeitstempo eingestellt werden. Auf der anderen Seite sollten wir endlich die rote Laterne im Thurgau mit dem höchsten Gemeindesteuerfuss abgeben, um uns wirtschaftsfreundlicher zu präsentieren. Dies muss in der Budgetphase 2026 unbedingt beachtet werden.

Daher meine Frage an den Stadtpräsidenten: Wo sehen Sie eigentlich die grossen Risiken, die keine moderate Steuersenkung im Jahr 2026 zulassen?

**Stadtpräsident René Walther, FDP:** Die Ergebnisse der letzten Jahre suggerieren, dass es der Stadt Arbon blendend geht. Und tatsächlich sind wir gut aufgestellt, wie schon ein paar Mal bemerkt wurde. Aber es stellt sich eben die Frage, welches die Einflüsse und die Gründe dafür waren, dass diese Resultate zustandekamen.

Eine Veränderung des Steuerfusses ist dann angezeigt, wenn die Entwicklungen strukturelle Gründe aufweisen. Im aktuellen Budget- und Finanzplanprozess sind wir diese Fragen mit speziellem Augenmerk am Klären.

Es gibt verschiedene Gründe, welche zu diesen positiven Abschlüssen geführt haben.

- Mehrjahresschwankungen und Einmaleffekte bei den Einnahmen und Ausgaben sowie zu tiefe Investitionen sind vor allem die Hauptgründe. Die Schwankungen und Einmaleffekte sind teilweise schwer antizipier- und steuerbar.
- Ausserordentliche Erträge wie Steuern von Erbschaften, Grundstückgewinnsteuerentwicklungen oder Finanzausgleichszahlungen, die von den Zahlen von früheren Jahren abhängig sind.
- Und eben, wir haben es auch gehört, Steuern früherer Jahre, bedingt durch die verschleppten Veranlagungsfristen.

Ausserordentliche Ereignisse sollten nicht zu Steuerfussenkungen verleiten. Aktuelles Beispiel ist der Kanton Thurgau und viele andere Kantone in der Schweiz. Jahrelang hat man fix mit den Erträgen der Nationalbank gerechnet und Steuern gesenkt. Nun fehlen diese Beträge. Eine gewisse Panik führt nun zu Globalkürzungen und Feuerwehübungen, Sie haben es in den Medien gelesen. Verzichtsplannungen. Ich kann Ihnen sagen, wir haben Kontakt zu kantonalen Stellen, das ist nicht lustig.

Die grosse Frage stellt sich nun: Wie sieht es in den nächsten Monaten und Jahren in Arbon aus? Ist wieder mit Sondereffekten zu rechnen? Wenn ja, in welche Richtung gehen diese? Oder zeichnet sich eine strukturelle Veränderung ab? Diese Fragen sind relevant, damit wir die richtigen Schlüsse ziehen können.

Im Rahmen der strategischen Planung wird jährlich eine Umwelt- und Umfeldanalyse durchgeführt. Dabei werden die möglichen Entwicklungen, welche auf die Finanzen Einfluss haben könnten, analysiert, beurteilt und fliessen entsprechend ins Budget und in den Finanzplan ein. Sie haben letztes Jahr erstmals das ganze Dokument als Beilage zum Budget erhalten, und der eine oder andere hat es sicher studiert.

Aktuell hat sich der Horizont etwas mit Schleierwolken behaftet. Die Abschaffung der Liegenschaftssteuern macht bei uns zurzeit CHF 1 Mio. aus. Allein mit dem Wachstum der Bevölkerung und der Steuerkraft vor allem bei den natürlichen Personen sprechen wir von Steigerungen im Schnitt von 1.3 %, das sind etwa CHF 220'000 pro Jahr. Damit können wir das in kurzer Zeit also nicht kompensieren – vielleicht in fünf Jahren.

Weitere Faktoren sind diverse Sparübungen und Veränderungen beim Kanton, zum Beispiel Leistungsvereinbarungen mit der Perspektive, die gekündigt werden. Wer soll diese wegfallenden Beträge in Zukunft decken? Das sind höchstwahrscheinlich die Gemeinden. Oder man spricht bei der Perspektive über Leistungsverzicht. Veränderungen von Abschreibungssätzen bei den Strassen usw.

Zudem gibt es noch ein paar hausgemachte Faktoren wie zum Beispiel die Einführung der Betreuungsgutscheine, wo nun eben die finanziellen Auswirkungen sichtbar werden.

Eine zu tiefe Investitionstätigkeit in den letzten Jahren führt auch bei diversen Liegenschaften zu höherem Unterhaltsbedarf, wo wir eben nicht zuwarten können, weil sonst diese Anlagen schlicht und einfach kaputtgehen.

Zudem ist deutlich der Einfluss der aktuellen Veränderungen in der Wirtschaft zu erkennen. Hautnah und aktuell in Arbon. Es könnte also durchaus eine Phase mit negativen Rechnungsergebnissen vor uns liegen. Dies könnte aber in einem gewissen Rahmen durch den Abbau von Eigenkapital abgefedert werden, weil das Eigenkapital eine Art Expansionsgefäss ist, um zu glätten, damit der Steuerfuss konstant bleibt. Solange diese Entwicklungen den normalen Schwankungen folgen und nicht lange andauern und nicht strukturell bedingt sind, ist das alles gut. Es ist auf jeden Fall derzeit nicht davon auszugehen, dass es im selben Stil wie in den letzten sieben Jahren weitergeht. Aber ja, wenn die Wirtschaft sich wieder erholt und die Gelder der Nationalbank wieder sprudeln, sieht die Welt vermutlich plötzlich wieder anders aus. Aber wie gesagt, es ist mir wichtig zu betonen, zu einer nachhaltigen Finanzstrategie gehört es eben auch, für einen stabilen Steuerfuss zu sorgen.

Grundsätzlich sind die Finanzen der Stadt Arbon gesund, und wir haben gewissen Handlungsspielraum. Wie erwähnt, all diese Überlegungen sind aktuell intensiv Gegenstand unseres Budget- und Finanzplanungsprozesses.

Eine Aussage möchte ich so nicht im Raum stehen lassen. Die Steuerzahler zahlen nicht zu viel, weil wir nicht investieren, weil die Investitionen ja indirekt über die Abschreibungen in die Erfolgs-

rechnung fliessen. Mit diesem Geld haben wir Schulden abgebaut. Schulden, die wir unter Umständen, wenn die Investitionen kommen, wieder erhöhen müssen. Wir haben uns also ein bisschen Luft geschaffen, damit wir, wenn die Investitionen jetzt hoffentlich bald realisiert werden können, auch ein bisschen Luft haben.

**Riquet Heller, FDP/XMV:** Als bürgerlicher Politiker haue ich in die Kerbe von Ulrich Nägeli. Es ist an der Zeit, in einer so reichen Gemeinde aktiv über die Steuerpolitik nachzudenken und eine Steuerfussenkung nicht als Risiko, sondern als Option zu beurteilen. Ich mache Sie darauf aufmerksam, dass nebst den guten Rechnungsergebnissen unsere Reservetöpfe proppenvoll sind. Gott sei Dank haben wir ein Reglement gemacht, wonach nicht mehr als 25 % in der Reserve sein können. Jede Pensionskasse würde ihre Renten erhöhen, wenn sie einen Wirkungsgrad von 125 % hat.

Die Konjunkturlage dünkt mich für schweizerische Verhältnisse in der nächsten Zeit gut. Sie ist stabil. Ich habe diesbezüglich keine übermässigen Zukunftsängste.

Wir Bürger haben durchschnittlich, einzelne sogar sehr grosse Vermögen. Sie wissen, entsprechende Vermögenssteuern fliessen. Sie wissen, Kinder sind in unserer Gesellschaft ein seltener Artikel geworden. Es werden in Zukunft Vermögenssteuern und Erbschaftssteuern anfallen, und zwar reichlich. Sie wissen, jeder, der Grundeigentum verkauft, realisiert Gewinne. Es werden weiterhin massive Grundstückgewinnsteuern anfallen, die bei uns landen. Namentlich dann, wenn wir die entsprechenden Wiesen gar noch selber gekauft haben, dann kassieren wir den Gewinn zu 100 %.

Wo soll Vermögen liegen? Soll es bei der Stadt liegen oder soll es bei unseren Bürgern liegen? Ich meine, es soll bei unseren Bürgern liegen und der Spartopf soll nicht bei der Stadt liegen. Sollen die Bürger, die dereinst von den Sanierungen profitieren, ihre Sache bezahlen! Im Übrigen werden diese entsprechenden Investitionen abgeschrieben. Das heisst, man kann sie der entsprechenden Generation und der entsprechenden Nutzungsdauer dieser Investition abschreiben, und man hat es nicht auf einmal zu zahlen. Ganz abgesehen davon, dass sich eine vermögende Gemeinde sehr gut verschulden kann. Die Zinsen sind äusserst tief, und es ist nur gut, dass Pensionskassen und Leute, die nominal sparen müssen, Investoren und Schuldner finden wie die Gemeinde Arbon und Zinsen zahlen. Die liegen nämlich nahe bei null. Demzufolge meine ich, es sei ureigenste Aufgabe des Parlaments, die Regierung vor dem Erheben von zu hohen Steuern zu bewahren und den Bürger zu schützen. Das ist historisch gesehen auch die Aufgabe des Parlaments, nämlich über die Finanzkontrolle die Kompetenzen der Regierenden zu beschneiden. Lassen Sie das Geld in der Tasche der Bürger und nicht in der Tasche des Staates. Demzufolge, wir sehen uns bei Philippi wieder, nämlich dann, wenn es um den Steuerfuss geht. Das ist bei der Budgetdebatte.

**Stadtpräsident René Walther, FDP:** Ich bin ja auch liberal und ich bezahle auch Steuern in Arbon, aber eines möchte ich klarstellen. Das Eigenkapital ist kein Geldtopf wie ein Bankkonto, wo Geld drauf ist. Wir haben in der Regel, Pascal kann mich korrigieren, eine Liquidität von CHF 10 Mio., die wir flüssig haben. Das ist Eigenkapital. Klar, wir haben Schulden zurückbezahlt, aber wenn wir investieren, müssen wir auch wieder Geld aufnehmen. Wir haben keine CHF 70 Mio. auf einem Bankkonto liegen. Das heisst, wir verschulden uns wieder, was wiederum Einfluss auf die Zinsbelastung hat. Da muss ich auch Pascal ein Kränzchen winden. Wir sind wirklich gut aufgestellt, was die Zinspolitik betrifft. Ich habe nicht gesagt, dass eine Steuerfussenkung für mich ein Risiko ist. Es ist eine Abwägung, was wichtig ist. Möchte man das Eigenkapital mittelfristig ein bisschen schneller herunterfahren oder nicht? Das ist eine finanzpolitische Frage, kein Risiko.

**Ulrich Nägeli, SVP:** Ich muss dazu doch noch etwas sagen. Die Umsetzung unserer Investitionen sinkt seit Jahren, und die Tendenz wird sich in der nächsten Zeit nicht drehen. Wir müssten weniger investieren, und genau darum sage ich ja: Wenn wir weniger investieren und uns als Arbon für Arbeitsplätze und Wirtschaft attraktiver machen, gelingt es uns auch, mal diese Schlusslaterne abzugeben, die wir seit Jahren tragen. Es kommen neue Gelder und es werden neue Steuern erhoben, und ich denke, über die nächsten Jahre ist die Finanzierung sicher gewährleistet, weil eben die Investitionen sinken.

**Stadtpräsident René Walther, FDP:** Die Investitionen werden nicht sinken. Meine Kollegen dürfen mich gern korrigieren, aber es sind Projekte in der Pipeline. Es wurden Projekte genehmigt. Beim Sportplatz gibt es eine Einsprache, sonst wären wir am Bauen und Geld ausgeben. Das Ziel muss sein, CHF 7 Mio. im Jahr zu investieren. Spätestens wenn die St. Gallerstrasse in die Endphase kommt, kommt eine Rechnung vom Kanton, die wir bezahlen müssen. Auch vom Kreisel Scheidweg kommt eine Rechnung. Die fließt in die Investitionen rein. Die Investitionen kommen definitiv.

Ich möchte einfach nochmals erwähnen, ob man wirklich den gleichen Fehler machen möchte wie der Kanton Thurgau.

#### S. 60 Betreuungsgutschriften für die schulergänzende Betreuung

**Riquet Heller, FDP/XMV:** Der Text erklärt nur indirekt, dass mit der Primarschulgemeinde Stachen keine Zusammenarbeit betreffend die schulergänzende Betreuung etabliert werden konnte. Haben Arboner Erziehungsberechtigte bzw. -verpflichtete, die auf Gebiet der Schulgemeinde Stachen wohnen, mit anderen Worten keinen rechtlichen Anspruch gegenüber der Stadt, wonach auch Kinder von Stachener Eltern schulergänzend betreut werden? Dies durch, wörtlich aus dem Bericht «Klärung der notwendigen Prozesse sowie der Schnittstellen plus Festlegung dieser Prozesse in einer Verordnung». Gilt dies nur für Kinder, die mit ihren Eltern auf Gebiet der Primarschulgemeinde Arbon und Frasnacht wohnen? Gibt es demzufolge in Stachen ein schulergänzendes Loch? Nimmt der Stadtrat dies widerspruchlos hin? Auch ihr Parlamentskolleginnen und -kollegen, nehmt ihr widerspruchlos hin, dass es in Stachen so etwas einfach nicht gibt? Ist das gelebte Arboner Schulgemeindesouveränität? Ist dies Arb-on oder nicht viel eher Arb-off?

**Stadtrat Reto Neuber, Die Mitte:** Momentan hat die Primarschulgemeinde kein schulergänzendes Betreuungsangebot, das ist richtig, welches mit der PSG Arbon und Frasnacht vergleichbar ist. Die Primarschulgemeinde Stachen hat unseres Wissens in der Vergangenheit den Bedarf erhoben und deckt diesen mittels einer Vermittlung von privaten Mittagstischangeboten ab. Zudem wird seitens Stachen mit dem Erweiterungsbau der Schulanlage das Thema SEB mit Sicherheit nochmals diskutiert werden. Weitere Informationen müsstest du bei der PSG Stachen direkt anfragen.

#### S. 61 Berufsbeistandschaft kombiniert mit Verrechnungskonto 1408 auf S. 84 und der Grafik auf S. 123

**Riquet Heller, FDP/XMV:** Die Berufsbeistandschaft handelt für Leute, die nicht für sich selber handeln können. Dieses Verwalten, das keine materiell finanzielle Unterstützung von Menschen beinhaltet, kostet uns gut CHF 1 Mio. jährlich. Die Berufsbeistandschaft betreut etwa 330 Personen. Somit kostet das Verwalten einer Person rund CHF 3'000 pro Jahr. CHF 200'000 bezahlen die 330 Personen, die ja keine Fürsorgefälle sind, jährlich noch selber. CHF 200'000 durch 330 gibt nochmals etwa CHF 600. Somit kostet ein Beistandschaftsfall der Stadt Arbon im Schnitt CHF 3'600. Dies ist weit über dem, was ein Privatbeistand für seine Tätigkeit für einen Schutzbefohlenen in der Regel erhält. Hier liegen hohe, nicht durchschnittliche Mandatsentschädigungen bei etwa CHF 1'000 im Jahr. Für eine Zweijahresperiode erhält eine Person, wenn es hochkommt, etwa CHF 2'000. In der Stadt kostet das durchschnittlich etwa CHF 7'200. Sie sehen, was für ein Unterschied es ist, ob Private handeln oder ob der Staat etwas macht.

Noch ein Vergleich dafür, dass die Berufsbeistandschaft sehr teuer ist. Ein Vergleich mit der Fürsorge. Diese Personen können zwar für sich selber handeln, die sind vernünftig und können selber etwas tun, haben aber zu wenig Geld für ihren Lebensunterhalt, weshalb die Stadt für das Lebensnotwendige dieser Personen ganz oder zum Teil aufzukommen hat. Was kostet uns diese gesetzliche wirtschaftliche Hilfe? Laut Grafik auf S. 123 CHF 2.6 Mio. jährlich. Gemäss Grafik auf S. 53 unten erhalten wiederum etwa 330 Personen diese CHF 2.6 Mio. Folge: Die materielle Unterstützung von etwa 330 Personen kostet uns nur 2.6 Mal mehr als das blosses Verbeiständen und Verwalten von ebenso 330 Personen. Sonderbar.

Fazit: Die Berufsbeistandschaft ist teuer, zumindest deutlich teurer als jede Privatbeistandschaft. Das merken Sie schon, wenn Sie die Arboner Berufsbeistandschaft in der Schwalbe und der Straussfeder aufsuchen. Die Stadt hat zwar der Bürgergemeinde den Mietzins für diese Amtshäuser um 30 % gedrückt, sie aber auf eigene Kosten so gesichert und umgebaut, als wäre die Berufsbeistandschaft eine Bank. Sie kommen kaum hinein. Sicherheitsvorschriften, die sehr gut sind.

Was dagegen tun? Meine Meinung: Möglichst viele private Personen zur Übernahme von Beistandschaften ermuntern und sie dabei unterstützen, damit die Berufsbeistandschaft nicht weiter ausgebaut werden muss. Diesbezüglich unternahm die Stadt Arbon in früheren Jahren Bemühungen, indem sie Veranstaltungen für Privatbeistände durchführte und ihnen Unterstützung anbot, wie beispielsweise das Erledigen von Buchhaltungen.

Klar, die Beistände werden nicht von der Stadt, sondern von der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde genannt. Aber sucht dort die Stadt das Gespräch? Schlägt sie in der Zusammenarbeit mit den zu verbeiständenden Personen Privatpersonen als Beistände vor? Sucht sie solche aktiv? Die Rechnung weist in die gegenteilige Richtung. Man will nicht. Es fehlt der politische Wille, dass private Beistandschaften geführt werden.

Ich verweise auf das Konto 1408.3010.01 S. 84 mit dem Titel Entschädigung an private Mandatsträger. Dort wurden für 2024 CHF 13'000 budgetiert. Ausgegeben wurden 2024 CHF 1'600. Abweichung zum Budget -88 %. Zum Vergleich: Die Besoldung für amtliche Beistände kostete 2024 mehr als CHF 1 Mio. Abweichung +14 %. Sie erkennen den Schwerpunkt. In Konto 1408.4260.22 S. 85 mit dem Titel Rückerstattungen, Entschädigungen private Mandatsträger: Budgetiert 2024 CHF 13'000. Eingenommen 2024 CHF 0. Abweichung zum Budget -100 %. Es gibt offenbar gar keine privaten Beistände mehr. Diese sind ausgestorben. Daraus erkennen Sie, private Beistände sind nicht nur schwer zu finden, man will sie auch gar nicht finden. Und wer nicht sucht, der findet auch nichts.

Die Beistandschaft ist zwar im Zivilgesetzbuch im Privatrecht geregelt, wie etwa auch das Erziehen von Kindern. Die Praxis, namentlich in Arbon, behandelt die Beistandschaft aber, als wäre sie ein Institut des Verwaltungsrechts. Und klar, Berufs- klarer Amtsbeistände genannt, sind besser zu führen und in ein Schema zu pressen, das verwaltungsrechtlich einfach zu handhaben ist. Nicht so Privatbeistände. Sie sind individuell, können mehr auf die verbeiständeten Personen eingehen. Häufig haben sie einen persönlichen Bezug zu dieser Person und haben auch nur eine Person zu betreuen. Anders als die Berufsbeistände, die etwa pro Stellenprozent ein Mandat zu führen haben, das heisst ein Heer von Klienten haben. Aufmüpfereien von privaten Beiständen, die sich beispielsweise gegen Steuern wehren und Einsprachen gegen Gebühren erheben, hat die Stadt nicht besonders gern. Das gibt Arbeit. Berufsbeistände, die mit ihren vielen Mandaten überlastet sind, unterlassen das Aufbegehren für ihre Klienten eher. Sie sind ja städtische Angestellte und um Harmonie mit der übrigen Verwaltung bemüht. Auch dies ein Grund, lieber keine Privatperson als Beistand oder Beiständin zu beauftragen, sondern städtisches Personal. Auf der Strecke bleiben die Steuerzahler. Sie erkennen das an der Million, die wir dafür bezahlen, und die Verbeiständeten selber, die verwaltet werden.

Ich bitte den zuständigen Stadtrat um Auskunft darüber, ob er und seine Kollegen Stadträte die derzeitige Situation bei unserer Berufsbeistandschaft als tiptopp befindet oder ob er und sein Kollegium etwas zur Kosteneindämmung im Bereich Berufsbeistandschaft und zum Schutz der raren Spezies Privatbeistand zu tun gedenkt, und wenn ja was.

Für das Publikum in unserem Saal noch ein Tipp: Verfassen Sie doch einen Vorsorgeauftrag, so setzen Sie für den Fall der Handlungsunfähigkeit nicht nur Ihren Willen durch, sondern schonen so zugleich auch die Stadtkasse, indem Sie dann, nehme ich an, einen Privatbeistand haben und nicht einen Amtsbeistand/Berufsbeistand.

**Präsident Matthias Schawalder, SVP:** Art. 35 des Geschäftsreglement für das Arboner Stadtparlament: «Wer spricht, hat sich kurz zu fassen.» Riquet, ich bitte dich, dir das künftig zu Herzen zu nehmen.

**Stadtrat Reto Neuber, Die Mitte:** Ich muss mich jetzt schon entschuldigen, ich brauche auch ein bisschen länger – es ist ein extrem komplexes Thema.

Danke für deine Anregung und auch deinen Tipp ans Publikum. Zu beachten ist jedoch, dass mit einem Vorsorgeauftrag eine Blankovollmacht erteilt wird, welche keine staatliche Kontrolle durch die KESB obliegt. Daher empfiehlt sich, genau zu überlegen, wer im eigenen Willen agieren darf. Wie bekannt ist, passieren die meisten Missbräuche in den eigenen Familien. Nun zu deinen Fragen.

Gern setze ich hier auch beim Willen der verbeiständeten Person an. Es ist eine herausfordernde Aufgabe für die KESB und nachher auch für die Berufsbeistände, diesen Willen zu erkennen und umsetzen zu können. Übrigens wird der Selbstbestimmung der Klientinnen und Klienten seitens der KESB zentrale Beachtung geschenkt. Wir alle kennen das dunkle Kapitel der Vergangenheit, Stichwort Verdingkinder. Oft ist der Wille der betroffenen Person eine andere als beispielsweise jene der Angehörigen. Wir alle kennen das.

Das Begleiten und Unterstützen einer verbeiständeten Person ist eine sehr herausfordernde und anspruchsvolle Arbeit. Klar gibt es Privatbeistände, welche diese Aufgabe sehr gut ausführen können. Aber genau das wird im Alltag durch die KESB auch überprüft.

Der Stadtrat ist der Ansicht, dass die Führung von Privatbeistandschaften eine gute und sinnvolle Ergänzung zu den Berufsbeiständen ist. Er wehrt sich jedoch vehement dagegen, die beiden Ämter bei der Führung einer Beistandschaft gegeneinander zu stellen. Es stimmt, dass die durchschnittliche Mandatsentschädigung eines Privatbeistands tiefer ist als jene eines Berufsbeistands. Diese ist abhängig vom Entscheid der KESB, welche die Mandatsentschädigung bei komplexeren Mandaten höher ansetzt.

Und da sind wir auch schon beim Punkt Komplexität. Nicht jedes Mandat ist einem Privatbeistand zuzutrauen. Wir beobachten mit Besorgnis, dass die Dossiers zunehmend komplexer werden, nicht selten keine Kooperationsbereitschaft besteht und die Ausgangslage aufgrund gesundheitlicher, sozialer, finanzieller, sozialhilferechtlicher, familiärer und weiterer Faktoren äusserst anspruchsvoll ist. Für solche Mandate ist eine spezifische Ausbildung und viel Erfahrung vonnöten. Zu deinen Recherchen, dass in Arbon keine Privatbeistandschaften geführt werden, muss ich entgegenen, dass in der städtischen Rechnung nur jene Mandate geführt werden, bei welchen die Mandatsentschädigung nicht aus dem Vermögen der verbeiständeten Personen bezahlt werden kann. Gemäss Auskunft der KESB wurden 2024 etwa 15 Privatbeistandschaften geführt, welche jeweils ein Mandat betreuen.

Seitens der KESB ist der Aufwand für die Einsetzung und auch die Überprüfung deutlich höher als bei Berufsbeiständen. Aufgrund der gesetzlichen und strukturellen Vorgaben prüft die KESB daher den Beizug von Privatbeiständen sehr genau.

Trotz kontinuierlichen Personaletaterhöhungen in den letzten Jahren ist der Etat in der Berufsbeistandschaft seit geraumer Zeit nicht ausreichend. Die KOKES-Richtlinie (KOKES = Konferenz für Kindes- und Erwachsenenschutz) hat 2021 Empfehlungen publiziert. Diese wurden in Zusammenarbeit mit der Konferenz der kantonalen Sozialdirektorinnen und Sozialdirektoren, dem schweizerischen Gemeindeverband und dem schweizerischen Verband für Berufsbeistandspersonen erarbeitet. Im Faktenblatt dieser Empfehlungen wurden Empfehlungen bezüglich Personalressourcen festgehalten. Ein Vergleich unter den Berufsbeistandschaften im Kanton Thurgau zeigt, dass mittlerweile acht von 13 Berufsbeistandschaften zumindest in der Beistandsarbeit im Rahmen der KOKES-Empfehlungen agieren. Vier Organisationen waren Ende 2023 bezüglich der Beistandsarbeit sogar besser aufgestellt, was aufzeigt, dass die KOKES-Empfehlungen realistisch sind und keinen utopischen Idealzustand beschreiben. Nach aktuellsten Zahlen fehlen uns in Arbon gegenüber der KOKES-Empfehlungen über 225 Stellenprozent.

Im Kanton Thurgau wird die Instruktion und Begleitung der Privatbeistände an die Berufsbeistandschaft delegiert. Dies ist kantonal unterschiedlich geregelt. Aus diesem Grund sind die notwendigen Ressourcen für die Instruktion, Begleitung und Weiterbildung der Privatbeistände nicht in diesen KOKES-Empfehlungen abgebildet. Das heisst, dass dies in den fehlenden Etat einzurechnen wäre. Klar ist einerseits von gut installierten Privatbeiständen eine leichte Entlastung der Berufsbeistandschaft zu erwarten. Andererseits gehen damit auch weitere Risiken wie mögliche Haftungsansprüche und Aufwendungen für Rekrutierung, Instruktion, Aus- und Weiterbildung sowie Coaching der privaten Beistandspersonen einher. Zudem ist zu beachten, dass Privatbeistände in der Regel nur sehr wenige bzw. oft nur ein Mandat führen, was den Aufwand zusätzlich erhöht.

Wie bereits gesagt, ist zu vermerken, dass die Mandatsführung zunimmt, anspruchsvoller wird und Privatbeistände lediglich für einen beschränkten Teil an Mandaten infrage kommen würden. Sobald die personellen Ressourcen in der Beistandschaft den KOKES-Richtlinien entsprechen, sind auch die von dir erwähnten Massnahmen zur Unterstützung der Privatbeistände erneut zu prüfen.

Der Vergleich mit den Sozialhilfekosten für die Führung einer Beistandschaft hinkt enorm, da du dich auf den Nettoaufwand auf S. 123 beziehst. Wie du im Konto 5720, 5730 und 5732 auf den S. 102-104 sehen kannst, sind die Ausgaben ungleich höher. In der Sozialhilfe verzeichnen wir einen beträchtlichen Teil an Rückerstattungen aus Sozialversicherungen, Löhnen, Rückforderungen und anderen Funktionen wie die Globalpauschale.

Zu den baulichen Massnahmen im Amtshaus: Diese erachtet der Stadtrat als notwendig, um die Sicherheit der Mitarbeitenden zu gewährleisten. Die Stadt hat gegenüber den Mitarbeitenden eine Sorgfaltspflicht. Und wir können aus Erfahrung berichten, dass bedrohliche Situationen auf der Berufsbeistandschaft und auch im Sozialamt leider in regelmässigen Abständen vorkommen. Hier sprechen wir nicht nur von verbalen Gewaltandrohungen. Es ist befremdlich, dass der Schutz von Mitarbeitenden nicht als selbstverständlich angesehen wird. Und übrigens ist das Amtshaus zu den Öffnungszeiten offen, und die Dienstleistungen werden an drei Schaltern von engagierten Mitarbeitenden erbracht.

Es ist mir auch ein Anliegen zu erwähnen, dass wir als politische Verantwortliche achtsam sein müssen, dass wir per se unbeliebte öffentliche Institutionen wie die Berufsbeistandschaft und die KESB nicht unnötig öffentlich in ein schlechtes Licht rücken. So wehren wir uns auch gegen den Vorwurf, dass Berufsbeistände sich nicht immer für die Interessen der verbeiständeten Personen einsetzen und sich lieber um Harmonie mit der übrigen Verwaltung bemühen. Auch unsere Berufsbeistände machen Einsprachen, wenn dies angezeigt ist. Ich hoffe, ich konnte deine Fragen nun genügend beantworten und bedanke mich dafür.

Rückkommen wird nicht gewünscht.

### **Abstimmung**

Der Jahresbericht 2024 wird mit 28 Ja-Stimmen bei 1 Enthaltung angenommen (1 Mitglied ausserhalb des Saals).

Jahresrechnung 2024

**Präsident Matthias Schawalder, SVP:** In der laufenden Rechnung werde ich die funktionalen Hauptbereiche nennen. Es können Fragen und Anträge dazu gestellt werden. Bei Wortmeldungen bitte ich Sie, die Seitenzahl, Kontogruppe und das Konto zu nennen.

Keine Wortmeldungen.

Rückkommen wird nicht gewünscht.

### **Abstimmung**

Die zusätzliche Einlage von CHF 300'000 in den Energie- und Umweltfonds zu Lasten der Erfolgsrechnung 2024 wird mit 27 Ja-Stimmen bei 3 Enthaltungen angenommen.

Die Jahresrechnung 2024, bestehend aus der Bilanz, der Erfolgsrechnung, der Investitionsrechnung, der Geldflussrechnung und dem Anhang wird einstimmig angenommen.

Das Stadtparlament beschliesst einstimmig, den Ertragsüberschuss der Erfolgsrechnung von CHF 6'278'282.51 dem Eigenkapital gutzuschreiben.

**Präsident Matthias Schawalder, SVP:** Gemäss Art. 35 der Gemeindeordnung der Stadt Arbon unterstehen diese Beschlüsse dem fakultativen Referendum bzw. dem Behördenreferendum. Die Referendumsfrist beträgt 30 Tage. Wird das Referendum nicht ergriffen, sind die Beschlüsse

rechtsgültig. Möchte jemand das Behördenreferendum ergreifen? – Das Behördenreferendum wird nicht ergriffen.

Das Geschäft untersteht dem fakultativen Referendum. Dieses beginnt voraussichtlich am nächsten Freitag mit der Publikation.

**Riquet Heller, FDP/XMV:** Ich habe noch eine Frage. Da geht es um CHF 3 Mio., die wir bisher noch nicht besprochen haben. Das ist auf S. 172 zu finden. Das sind die Reserven für Wertschwankungen des Finanzvermögens. Da wurde nämlich das Aktienkapital unserer Arbon Energie um CHF 3.1 Mio. heraufgesetzt. Als Text dazu heisst es «manuelle Steuerwertberechnung». Was heisst das? Was ist eine manuelle Steuerberechnung?

**Pascal Büchler, Leiter Abteilung Finanzen:** Die manuelle Berechnung ist daraus entstanden, weil die Veranlagungstätigkeit der kantonalen Steuerverwaltung noch nicht so weit ist, um eine kantonale Steuerveranlagung herauszugeben. Deshalb haben wir aufgrund der technischen Parameter eine manuelle Steuerwertberechnung gemacht.

**Präsident Matthias Schawalder, SVP:** Ich bedanke mich beim Präsidenten der FGK, Mischa Vonlanthen und allen Kommissionsmitgliedern für die wertvolle und intensive Arbeit.

### **3. Motion «Angemessene Sitzungsgelder für Parlamentsmitglieder» von Felix Heller, SP Eintreten, Detailberatung, Beschlussfassung**

**Präsident Matthias Schawalder, SVP:** Für die Vorbereitung dieses Geschäfts wurde eine vorberatende Kommission eingesetzt. Gemäss Art. 34 Abs. 1 des Geschäftsreglements bitte ich den Präsidenten der vorberatenden Kommission ans Rednerpult.

**Jakob Auer, SP/Grüne, Präsident vorberatende Kommission:** Manchmal braucht es Geduld und Ausdauer, damit es am Ende zu einem positiven Ergebnis führt. Dann sprechen wir vom Sprichwort: Was lange währt, wird endlich gut. Doch wenn Sie den Bericht der vorberatenden Kommission durchgelesen und studiert haben, sehen Sie, dass eine knappe, präzise Formulierung oft überzeugender ist als eine langatmige Erklärung. Dann wiederum reden wir von: In der Kürze liegt die Würze. Unter diesem Aspekt wurde auch in der Kommission gearbeitet. Als Fazit im Namen der Kommission und im Namen der Fraktion SP/Grüne beantrage ich, auf das Geschäft einzutreten.

**Christine Schuhwerk, FDP/XMV:** Die Fraktion FDP/XMV unterstützt den Antrag der Kommission zur Anpassung der Sitzungsgelder für die Parlamentsmitglieder. Wir sind der Überzeugung, dass eine angemessene Entlohnung für die geleistete Arbeit im Parlament unerlässlich ist. Es ist unbestritten, dass die Sitzungsgelder im Parlament nicht mit denen im Berufsleben vergleichbar sind. Bei der Einführung des Parlaments im Jahr 2003 wurden die Sitzungsgelder festgelegt und seither nicht mehr angepasst. Dies ist aus unserer Sicht nicht mehr zeitgemäss. Angesichts der langen Zeit und der Teuerung war es jetzt angezeigt, die Sitzungsgelder zu überprüfen und nun entsprechend anzupassen. Wir bitten Sie, den Antrag der Kommission zur Anpassung der Sitzungsgelder zu unterstützen, damit die ehrenvolle Aufgabe der Parlamentsmitglieder angemessen gewürdigt wird. Die FDP/XMV-Fraktion ist für Eintreten.

**Aurelio Petti, Die Mitte/EVP:** Im Sinne des Ablaufs möchte ich mich beim Eintreten kurzhalten. Die Fraktion Die Mitte/EVP dankt der vorberatenden Kommission für die Ausarbeitung des Vorschlags und die Anträge. Speziell dankt unsere Fraktion dem Kommissionspräsidenten Jakob Auer für die Leitung der Kommission und für den ausführlichen Kommissionsbericht. Die Fraktion Die Mitte/EVP ist einstimmig für Eintreten und wird in der anschliessenden Detailberatung eingehend auf den einen oder anderen Punkt eingehen.

**Corinne Straub, SVP:** Die Fraktion SVP ist einstimmig für Eintreten. Wir werden in der Detailberatung Anträge stellen.

**Stadtpräsident René Walther, FDP:** Für einmal hat der Stadtrat zu einem Geschäft nicht viel zu sagen ausser dass: Herzlichen Dank für Ihren Einsatz für Arbon und Respekt für Ihre Tätigkeit, die Sie hier vollbringen.

**Präsident Matthias Schwalder, SVP:** Ich stelle fest, das Eintreten ist unbestritten und somit beschlossen.

Detailberatung

**Jakob Auer, SP/Grüne, Präsident vorberatende Kommission:** Ich bedanke mich zuerst bei euch, dass auf das Geschäft eingetreten wird. Bei der siebenköpfigen vorberatenden Kommission mit Unterstützung von Flavio Schambron und Alexandra Wyprächtiger, die ihren Ferientag opfert und das Parlament einmal von der anderen Seite anschaut, bedanke ich mich recht herzlich für ihre Arbeit, die sie geleistet haben.

Ich habe es vorhin gesagt, in der Kürze liegt die Würze. Das soll aber nicht heissen, dass in der Kommission nicht diskutiert wurde. Schnell aber zeigte sich, dass die Ideologie der Motion abbilden soll, was politische Arbeit wert ist. Es war eine lange Debatte, was sich das Parlament gegenüber dem Stimmbürger erlauben darf und vor allem, was wir gegenüber dem Stimmbürger finanziell vertreten können. Mit einem Auge wurde noch auf die Entschädigung der anderen Parlamente im Kanton geschaut. Teilweise werden sie nicht pauschal entschädigt, sondern nach Anwesenheit oder Aufwand. Einige Positionen bei uns wurden aufgehoben, andere der Teuerung angepasst. Ich möchte den Bericht nicht vorlesen, den haben Sie ja studiert. Aber ich möchte auf drei Punkte eingehen.

1. Pauschale Entschädigung: Das Parlamentsmitglied trägt die Kosten für seine Infrastruktur wie PC, Drucker, Papier und vieles mehr bis dato selber. Neu soll gemäss Vorschlag der Kommission ein jährlicher Beitrag bezahlt werden. Die Höhe wurde im Zusammenhang mit dem Versand physischer Dokumente gesprochen. Mit der im Bericht empfohlenen Pauschale von CHF 200 geht die Kommission davon aus, dass weniger physischer Versand gemacht wird. So sollten zum Beispiel Dokumente wie im letzten Versand zur Renovation der Stadthäuser in Zukunft nicht mehr physisch kommen, sondern nur noch digital. Diskutiert wurde auch ein vollständiger Verzicht auf den Versand, also ein papierloses Parlament in Arbon, verbunden mit einer höheren Entschädigung. Dies wurde von der Mehrheit der Kommission allerdings als zu früh erachtet und abgelehnt. Trotzdem erfolgt ab dem 1. Januar 2026 ein reduzierter Versand.
2. Anpassung Vierjahresrhythmus: Neu sollen die Beträge der Teuerung im Vierjahresrhythmus angepasst werden.
3. Entschädigung Fraktionspräsidentensitzung: Jeden Freitag vor der Parlamentssitzung treffen sich die Fraktionspräsidenten um 7 Uhr zu einer Sitzung. Sie informieren aus ihren Fraktionssitzungen, sprechen allfällige Geschäfte ab, geben Namen für Kommissionen bekannt usw. Die Sitzung dauert je nach Geschäften zwischen einer und zwei Stunden, wenn es wenig ist eine halbe Stunde. Wenn Sie im Bericht die Entschädigung für diese Sitzungen suchen, finden Sie diese nicht. Sie ist nicht aufgeführt. Sie wurde zwar immer bezahlt, aber sie ist nicht aufgeführt. Daher bitte ich Sie, diese Entschädigung von CHF 75 pauschal, nicht pro Stunde, im Bericht aufzunehmen. Da es bereits so gehandhabt wurde, stelle ich hier auch nicht einen Antrag, sondern es ist einfach jetzt aufgeführt.

Wenn ich die künstliche Intelligenz frage, ob politische Arbeit bezahlbar ist, erscheint die Antwort: Ja. Politische Arbeit ist bezahlbar sowohl für Akteure als auch für den Staat. Ich glaube nicht, dass diejenigen Recht haben, die glauben, Politik bestehe darin, zwischen Schwarz und Weiss zu wählen. Man muss sich häufig zwischen den verschiedenen Schattierungen des Grau hindurchfinden. In diesem Sinn empfiehlt die Kommission mit einer Gegenstimme und die Fraktion SP/Grüne mit einer Gegenstimme, dem Antrag der Kommission zu folgen.

**Aurelio Petti, Die Mitte/EVP:** Sie haben die Ausführungen des Kommissionspräsidenten gehört und den Bericht gelesen. Als Mitglied der vorberatenden Kommission kann ich Ihnen versichern, dass diese mit viel Augenmass die längst fällige Anpassung ausgearbeitet hat. Der gemeinsame

Konsens war es, die in den letzten 22 Jahren angestaute Teuerung von etwas mehr als 12 % auszugleichen. Aus rechnerischen Gründen hat sich die Kommission einfachheitshalber dafür entschieden, nur 10 % Teuerung auszugleichen, dafür künftig die Ansätze alle vier Jahre der Teuerung anzupassen. Zudem wurden die Pauschalen für das Parlamentspräsidium und das Parlamentsvizepräsidium verdoppelt. Damit will die Kommission den zusätzlichen Zeitaufwand für diese Ämter massvoll entschädigen.

Einen regen Diskussionsbedarf verursachten die Vorschläge zur Einführung einer sogenannten Büropauschale für alle Parlamentarierinnen und Parlamentarier. Nach einer intensiven Diskussion und verschiedenen Anträgen obsiegte der vorgeschlagene Ansatz.

Ich gehe davon aus, dass die Höhe der Ansätze nicht im Sinn des Motionärs Felix Heller ist. Felix Heller sei es aber gedankt, dass er mit seiner Motion die längst fällige Anpassung angestossen hat. Die Fraktion Die Mitte/EVP ist geschlossen für den Teuerungsausgleich. Sie unterstützt zudem bis auf eine Gegenstimme alle Anträge der Kommission.

**José Franco, SP/Grüne:** Ich habe hier ziemlich viel Text, den ich abkürzen werde, da sonst schon ziemlich lange gesprochen wurde. Ich habe in der Kommission mitgearbeitet. Die Idee war, wie Felix Heller das eingebracht hat, dass man die Entschädigung der Parlamentsmitglieder anpasst. Der Motionär wollte den tatsächlichen Arbeitsaufwand entschädigen. Auch soll der Tatsache Rechnung getragen werden, dass seit der Einführung des Parlaments im Jahr 2003 Komplexität und Verantwortung der Parlamentsarbeit gestiegen sind.

In der Kommission wurde ziemlich schnell und mehrheitlich bestimmt, dass man nur die Teuerung fordern sollte, da ansonsten damit gerechnet werden muss, dass unsere Einwohnerinnen und Einwohner diese Erhöhung nicht verstehen würden. Ich bin der Meinung, dass die Idee und der Input von Felix Heller zur Ausrichtung einer arbeitsaufwandgerechten Entschädigung mit der von der Kommission ausgearbeiteten Lösung, dass man auf 2003 nur die Teuerung ausrechnet, nicht Rechnung getragen wird. Dementsprechend war ich von diesem Entscheid enttäuscht.

**Kurt Boos, SVP:** Zuerst möchte ich mich auch im Namen der Fraktion bei der Kommission bedanken für die Arbeit, die in Bezug auf dieses Thema geleistet wurde. Die Motion von Felix Heller wurde aufgenommen, interpretiert und nach Meinung und Ansicht der Kommission umgesetzt. Daran gibt es grundsätzlich nichts zu rütteln. Danke dafür.

Wir haben den Kommissionsbericht gelesen und ihn in der Fraktion behandelt und waren der Meinung, dass einige Punkte möglicherweise nicht ganz dem Gedankengut von Felix Heller entsprechen und gewisse Positionen zu überarbeiten sind oder uns zu hoch erscheinen. Anhand dieser Empfindung unserer Fraktion habe ich mich bereit erklärt, dieses Thema aufzuarbeiten, die Kosten zusammenzutragen und einen entsprechenden Gegenvorschlag auszuarbeiten. Diesen Gegenvorschlag habe ich am Sonntagabend an alle Parlamentsmitglieder verschickt, heute teilweise aber zu hören bekommen, das hätte etwas früher sein dürfen. Das nehme ich mir für ein anderes Mal gern zu Herzen. Diesmal kann ich es nicht bereinigen, es ist, wie es ist.

Es sind bereits einige Voten gefallen, in welchem Bezug sich die Kommission an die Arbeit gemacht hat. Zum einen geht es darum, die Kosten im Griff zu halten, damit sie nicht überborden. Andererseits soll das Geld gerecht verteilt werden für die Arbeit, die geleistet wird. Auch sollen mögliche Unkosten, die uns zu Hause entstehen, entschädigt werden.

Nichtsdestotrotz sind wir im Sinn der Motion der Meinung, dass die Erhöhung von Sitzungsgeldern gezielter pro Kopf entsprechend der Anwesenheit und der Arbeit verteilt werden sollen und nicht nach dem Giesskannenprinzip. Ebenso sind wir der Meinung, dass die Fixkosten gemäss Vorschlag der Kommission für die Stadt verhältnismässig hoch sind und reduziert werden sollten, und die Mandatsentschädigungen für Präsidium und Vizepräsidium markant zu hoch ausgefallen sind.

Jeder von euch hat meine Liste erhalten und hatte 48 Stunden Zeit, mindestens kurz darauf zu schauen. Die Gegenüberstellung auf dieser Excel-Tabelle zeigt zum einen die Ist-Kosten, die die Stadt heute hat. Die aktuellen Kosten für das Parlament belaufen sich bei einer Abwesenheit von etwa 6 % über alle Sitzungen auf rund CHF 80'000. Das entspricht ziemlich genau dem Budget und auch den entsprechenden Jahresrechnungen. Nach dem Vorschlag der vorberatenden Kommission mit den übernommenen Beträgen, die in der Botschaft publiziert wurden, inklusive den Pauschalen für Präsidium und Vizepräsidium, die verdoppelt werden, kostet das Parlament neu

pro Jahr CHF 101'000. Wenn wir das bei 100 % Beteiligung anschauen, was ja eigentlich erhofft wäre, dass immer alle Parlamentsmitglieder anwesend sind, wären das CHF 105'000 bis CHF 106'000.

Den Vorschlag, den ich im Auftrag meiner Fraktion ausgearbeitet habe, sehen Sie zu unterst in Grün. Kurz zu den Gesamtzahlen: Wir bewegen uns bei knapp CHF 97'000. Den Betrag der Kommission haben selbst wir nicht überschritten, den haben wir unterschritten – auch wiederum zugunsten des Steuerzahlers und unserer Bürgerinnen und Bürger.

Die einzelnen Beträge, die wir alle, die wir hier sitzen, zugute haben, kumuliert per Ende Jahr, ohne dass wir irgendwo in einer Kommission mitarbeiten, sondern lediglich unseren Dienst als Parlamentarier an unseren Sitzungen und Fraktionssitzungen verrichten, wird um lediglich CHF 40 gegenüber dem Vorschlag der Kommission unterboten. Bisher waren das rund CHF 1'600, die Kommission kommt auf rund CHF 1'960, wir kommen auf CHF 1'920. Da sind die Beträge nahezu identisch.

Man kann uns anhand dieser Zahlen nicht vorwerfen, wir hätten mehr verlangt, wir hätten der Stadt mehr abgeknöpft oder mit den Entschädigungen uns einzelne schlechter behandelt. Und doch gibt es Personen, die etwas weniger erhalten. Die Entschädigung für das Parlamentspräsidium wird nicht wie gefordert von CHF 1'000 auf CHF 2'000 angehoben. Die Arbeit ist zu anerkennen, das Präsidium generiert Arbeit, für das Vizepräsidium ein bisschen weniger. Der kommt kaum zum Tragen, ausser der Präsident fällt aus. Wir sind zum Schluss gekommen, die Entschädigungen für uns Parlamentarierinnen und Parlamentarier sowie für das Präsidium und das Vizepräsidium nur um 20 % zu erhöhen.

Wir hatten seit 2003 eine Teuerung von rund 12 %. Das ist nur die Teuerung, das ist noch keine Anerkennung oder Wertsteigerung oder mehr Verdienst gemäss der Motion, dass unsere Arbeit besser entlohnt werden soll. Daher zusätzliche 8 %. Damit kommen wir auf 20 %, gerechnet auf den Betrag, der vor 20 Jahren gutgeheissen wurde.

Auch die Kosten für die Infrastruktur, die wir nutzen – teilweise privat, teilweise durch einen PC der Firma –, sollte unserer Meinung nach ebenfalls abhängig von der Anwesenheit entschädigt werden. Unser Vorschlag ist um CHF 40 tiefer als derjenige der Kommission. Mit CHF 160 ist eine Entschädigung für die Infrastruktur und Büromaterial nach wie vor gegeben.

Die Liste ist komplett, darauf fehlt nichts. Sie enthält die Entschädigungen für das Büromaterial, die Erhöhung um 20 % für unsere Arbeit, die Präsidentenkonferenz inkl. die Freitagsgipfelsitzung.

Wir bekommen etwas mehr, aber moderat. Wir sind nicht gierig, trotzdem ist es etwas mehr als die teilweise als ein bisschen knausrig empfundenen 10 % auf das, was wir bisher hatten.

Hiermit stelle ich für die SVP-Fraktion den Antrag wie folgt:

1. Die Beträge sollen so, wie in unserer Auflistung in Grün abgebildet, übernommen werden, was einem höheren Aufwand von ungefähr 20 % entspricht.
2. Die Entschädigung für die Büroinfrastruktur wird gestrichen und Ende des Jahres über die Pro-Kopf-Mehrentschädigung nahezu ausgeglichen.

Wir beantragen, die Zahlen unserer Gegendarstellung zu übernehmen.

**Samra Ibric, FDP/XMV:** Zunächst einmal auch von der Seite der FDP/XMV-Fraktion herzlichen Dank für die Kommissionsarbeit, aber auch danke den Kolleginnen und Kollegen der SVP für die Prüfung eines Alternativvorschlags, welchen wir allerdings nicht unterstützen. Und zwar insbesondere aus folgendem Grund: Der vorgeschlagene Kommissionsantrag unterscheidet sich nach unserer Meinung wesentlich in einem Punkt vom Antrag der SVP, und zwar im Punkt der Pauschale für das Parlamentspräsidium und das Vizepräsidium. Wir erachten diese Kürzung als nicht gerechtfertigt und sehen insbesondere aufgrund folgender Überlegungen den Antrag der Kommission als besser ausgeführt. Das Parlamentspräsidium hat nicht nur, wie wir das heute auch gesehen haben, Zahlen vorzulesen und Ziffern richtig zu benennen, was reibungslos funktioniert hat, sondern trägt die Gesamtverantwortung für die Leitung der Sitzungen, die Koordination mit der Verwaltung und mit dem Stadtrat, die Vertretung des Parlaments nach aussen, aber auch gegenüber internen Kolleginnen und Kollegen. Ausserhalb der Sitzungen sind Sitzungsvorbereitungen, Traktandenabsprachen, Protokollfreigaben, Kommunikationsaufgaben usw. von sehr zeitintensiven Arbeiten geprägt. Zwar steht das Amt des Vizepräsidiums ein bisschen im Schatten, darf aber nicht vernachlässigt werden, weil das Vizepräsidium im Stellvertretungsfall sofort

einspringen muss. Das bedeutet natürlich, dass ein Vizepräsident oder eine Vizepräsidentin sich auch einarbeiten muss und vorbereitet sein muss, um diesen Einsatz leisten zu können. Die bisherige Pauschale von CHF 1'000 ist im Vergleich zur Verantwortung und zum Aufwand eher symbolischer Natur. Bei einer Erhöhung gemäss SVP um CHF 200 bzw. CHF 360 wäre dies gleichermaßen der Fall, weshalb wir eine Verdoppelung als gerechter empfinden, weil sie zumindest in der richtigen Richtung ein angemessenes Verhältnis darstellen könnte. Diese angemessene Entschädigung erhöht auch die Bereitschaft, die anspruchsvolle Führungsfunktion zu übernehmen, insbesondere bei Berufstätigen oder Personen mit familiären Verpflichtungen. Die Fraktion FDP/XMV ist deshalb der Meinung, dass insbesondere dieser Punkt beim Antrag der SVP zu berücksichtigen ist. Weil dieser beim Antrag der SVP zu tief ausfällt, lehnen wir den Antrag der SVP ab und befürworten den Antrag der Kommission, welcher nicht nur eine Anpassung der Teuerung enthält, sondern auch Aufwand und Verantwortung entschädigt.

**Jakob Auer, SP/Grüne:** Seitens der Kommission kann ich Ihnen keine Empfehlung zu diesem Antrag abgeben, da wir ihn nicht behandelt haben, bzw. er bei unserer Beratung nicht vorlag.

**Aurelio Petti, Die Mitte/EVP:** Zunächst bedanke ich mich bei Kurt Boos für die grosse Arbeit, die er sich gemacht hat und uns einen Gegenvorschlag geliefert hat. Gleichzeitig möchte ich mich bei meiner Vorrednerin bedanken für das ausführliche Votum gegen die beiden Anträge. Die Fraktion Die Mitte/EVP lehnt die beiden Vorschläge der SVP bis auf eine Stimme ab. Ich möchte das begründen, einen Teil der Begründung hat auch meine Vorrednerin schon erwähnt. Was war eigentlich die Idee der Kommission? Es war die Idee, einen vernünftigen roten Faden durchzuziehen. Dinge, die wir bis jetzt vernachlässigt haben, nicht gemacht haben, nicht entschädigt haben, haben wir nun behoben, nämlich dass wir für das Parlamentspräsidium und das Vizepräsidium eine Verdoppelung der Entschädigung vorsehen. Die Gründe dafür wurden genannt. Gleichzeitig, und da bin ich ein bisschen überrascht, gibt es hier im Parlament nicht grosse Gegenstimmen bei der Büroentschädigung. Das freut mich auch, denn sie ist mehr als gerechtfertigt. Und ich finde sie auch massvoll. Sie sehen, die Kommission hat einen roten Faden gemacht. Wir haben nicht einmal die ganze Teuerung ausgeglichen. Auf der anderen Seite entschädigen wir jetzt Dinge doppelt, die für den einen oder anderen vielleicht zu viel sind, aber wir finden sie völlig gerechtfertigt und sinnvoll. In diesem Sinn bitte ich Sie auch, die beiden Anträge der SVP abzulehnen.

**Samra Ibric, FDP/XMV:** Der Antrag ist auch nicht ganz stringent. Als einzige Erhöhung wurde die Pauschale für die Fraktionen erhöht, alle anderen Pauschalen wurden abgelehnt. Der Antrag der Kommission hingegen verfolgt eine stringente Anpassung.

#### **Abstimmung**

Der Antrag von Kurt Boos wird mit 7 Ja-Stimmen gegen 22 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung abgelehnt.

**Kurt Boos, SVP:** Im Vorfeld wurde über Anträge gesprochen. Dem ist so. Angesichts der aktuellen Situation und dem Gegenwind, der da bläst, wird der Antrag 2, den wir vorbereitet haben, nicht gestellt. Für mich ist das Thema somit der Gerechtigkeit und der Demokratie entsprechend erledigt.

#### **Abstimmung**

Der Antrag der vorberatenden Kommission wird mit 27 Ja-Stimmen gegen 1 Nein-Stimme bei 2 Enthaltungen angenommen.

#### **4. Wahlbüro der Stadt Arbon, Erhöhung der Entschädigung Eintreten, Detailberatung, Beschlussfassung**

**Präsident Matthias Schawalder, SVP:** Das Büro hat in seiner letzten Sitzung beschlossen, für dieses Geschäft keine vorberatende parlamentarische Kommission einzusetzen.

**Jonas Fischer, SP/Grüne:** Das Geschäft ist in unserer Fraktion unbestritten. Mit dem vorliegenden Geschäft würdigen wir die zentrale, demokratische Rolle des Wahlbüros und schaffen eine zeitgemässe Angleichung an die Praxis anderer Gemeinden. Die Fraktion SP/Grüne ist einstimmig für Eintreten.

**Rudolf Daepf, SVP:** Die Fraktion SVP ist für Eintreten. Wir sind mit dem Antrag einverstanden.

**Myrta Lehmann, Die Mitte/EVP:** Wir haben die Vorlage zur Entschädigung des Wahlbüros in unserer Fraktion besprochen. In der heutigen Zeit ist es durchaus schwieriger geworden, Personen zu finden, die bereit sind, ihre Agenda an den nationalen Abstimmungswochenenden und gegebenenfalls auch an den weiteren Wahltagen freizuhalten. Es ist aber eine wichtige Arbeit für unsere Demokratie. Wie in der Botschaft dargelegt, handelt es sich nicht um einen riesigen finanziellen Posten. Die Fraktion Die Mitte/EVP ist mit der Erhöhung der Stundenentschädigung gemäss Vorschlag des Stadtrats einverstanden.

**Christine Schuhwerk, FDP/XMV:** Die Abklärung in der ERFA Städten und Gemeinden haben deutlich gezeigt, dass der bestehende Entschädigungsbedarf für die Wahlbüromitglieder einer Anpassung bedarf. Die Mitglieder des Wahlbüros tragen massgeblich dazu bei, dass Wahlen reibungslos und fair ablaufen. Wir hoffen, dass eine angemessene Entschädigung dazu beitragen wird, dass sich wieder mehr Personen im Wahlbüro engagieren. In der Detailberatung werden wir keine weiteren Fragen stellen. Die FDP/XMV-Fraktion ist für Eintreten. Wir stimmen dem Antrag des Stadtrats für die Erhöhung der Entschädigung für die Mitglieder des Wahlbüros zu.

**Stadtpräsident René Walther, FDP:** Herzlichen Dank für die wohlwollende Aufnahme dieser Botschaft. Es ist uns wirklich ein Anliegen, weil wir auf diese guten Feen und natürlich auch auf die Männer, die dort mitarbeiten, sehr angewiesen sind. Sie tragen dazu bei, dass unsere Wahlsonntage reibungslos ablaufen.

**Präsident Matthias Schawalder, SVP:** Ich stelle fest, Eintreten ist unbestritten und somit beschlossen.

Detailberatung

Keine Wortmeldungen.

Rückkommen wird nicht gewünscht.

### **Abstimmung**

Der Antrag des Stadtrats wird mit 29 Ja-Stimmen bei 1 Enthaltung angenommen.

## **5. Wahlen, Ersatzwahl; Mitglied Einbürgerungskommission, Restlegislatur 2023-2027 Rücktritt Christine Schuhwerk, FDP/XMV**

**Präsident Matthias Schawalder, SVP:** Christine Schuhwerk, FDP/XMV hat per 30. Juni 2025 ihren Rücktritt aus der Einbürgerungskommission gegeben. Somit gilt es, ein Ersatzmitglied zu wählen. Gemäss Geschäftsreglement für das Arboner Stadtparlament Art. 11 wählt das Parlament für die laufende Amtsdauer die sieben Mitglieder der Einbürgerungskommission. Die FDP/XMV schlägt euch Christoph Seitler vor. Sind Wortmeldungen dazu oder werden weitere Vorschläge gemacht? – Das ist nicht der Fall. Somit stimmen wir offen über die Wahl ab.

### **Abstimmung**

Christoph Seitler wird mit 28 Ja-Stimmen bei 2 Enthaltungen gewählt.

## 6. Pumptrack Frasnacht Kreditgenehmigung, Wahl einer 5er-Kommission

**Präsident Matthias Schawalder, SVP:** Das Büro hat in seiner letzten Sitzung beschlossen, für diese Botschaft eine vorberatende parlamentarische 5er-Kommission einzusetzen. Wir beantragen Ihnen folgende Zusammensetzung dieser Kommission: Konrad Brühwiler, SVP, Marco Carletta, Die Mitte/EVP, Jonas Fischer, SP/Grüne, José Franco, SP/Grüne, Genc Zumeri, FDP/XMV. Sind Wortmeldungen dazu oder werden weitere Vorschläge gemacht? – Das ist nicht der Fall. Ich schlage vor, dass wir in globo über die Wahl abstimmen.

### Abstimmung

Die Mitglieder der Kommission werden wie vorgeschlagen mit 28 Ja-Stimmen bei 2 Enthaltungen gewählt.

**Präsident Matthias Schawalder, SVP:** Als Präsident der vorberatenden Kommission wird José Franco vorgeschlagen. Werden andere Wahlvorschläge gemacht? – Das ist nicht der Fall.

### Abstimmung

José Franco wird mit 26 Ja-Stimmen gegen 1 Nein-Stimme bei 3 Enthaltungen als Präsident der vorberatenden Kommission gewählt.

## 7. Fragerunde

**Christoph Seitler, FDP:** Es geht um die Frage der Finanzkompetenzen von parlamentarischen Kommissionen. Bei Kommissionssitzungen tauchen immer wieder Fragen auf, welche von den vom Stadtrat zur Verfügung gestellten Experten nicht zur ausreichenden Zufriedenheit der Kommissionsmitglieder beantwortet werden oder welche eher im Sinne des Auftraggebers, also des Stadtrats behandelt werden. Das Parlament kann dadurch häufig die Anträge des Stadtrats nicht adäquat überprüfen und so seinen Kontrollauftrag ungenügend wahrnehmen, da es keinen Zugang zu neutralem Expertenwissen hat. Dieses Ungleichgewicht der beiden Gewalten, der Exekutive und der Legislative, soll reduziert werden. Der Vorschlag ist, im Budget 2026 pro Kommission einen Betrag von CHF 5'000 einzustellen, welchen die entsprechenden Kommissionsmitglieder mit Mehrheitsentscheid einsetzen können, um externes Expertenwissen einzukaufen. Ist der Stadtrat bereit, einen Betrag von CHF 5'000 pro Kommission zum Ausgleich des Wissensvorsprungs des Stadtrats gegenüber dem Parlament durch den Einkauf von externem Expertenwissen im Budget 2026 einzustellen? Wenn nein, weshalb nicht?

**Stadtpräsident René Walther, FDP:** Gemäss Art. 17 Abs. c der Geschäftsordnung des Stadtparlaments kann eine Kommission bei Bedarf Gutachten in eigener Entscheidungskompetenz einholen. Dies findet sich unter dem Titel Befugnisse geschäftsvorberatender Kommissionen. Für ein aussagekräftiges Budget gilt bei der Bemessung der Budgetpositionen, dass die eingeplanten Budgetpositionen einem eindeutigen Bedarf folgen müssen und mit grosser Wahrscheinlichkeit auch zur Beanspruchung gelangen. Budgetposten, welche einer Eventualität folgen, sollten vermieden werden, auch wenn sie als unbedeutend erscheinen. Dieser Grundsatz vermeidet das generelle Aufblasen des Budgets und verhindert Fehlinterpretationen bei der Priorisierung und Zuweisung der Finanzmittel. Es ist derzeit nicht absehbar, wann nächstes Mal ein Gutachten benötigt wird und wie viel es genau kosten wird. Daher ist eine entsprechende Budgetposition auch nicht ins Budget aufzunehmen. Sollte der Bedarf im entsprechenden Rechnungsjahr eintreten, kann die Kommission aber jederzeit in eigener Kompetenz einen entsprechenden Auftrag beschliessen.

**Christine Schuhwerk, FDP:** Auch zu Beginn dieser Badesaison waren die Wassertemperaturen im Mai wieder tief. Jakob Auer hat zu diesem Thema am 29. Juni 2021 eine Einfache Anfrage im Parlament gestellt. In der Beantwortung des Stadtrats unter der Frage 3 steht: «Der Stadtrat prüft bereits seit Bekanntwerden des Projekts Erweiterung Seewasserwerk zusammen mit Arbon Energie verschiedene Möglichkeiten zur Badewasserheizung. So ist bereits bei der Visualisierung

des Erweiterungsbaus auf dem Dach des neuen Seewasserwerks eine PV-Anlage zur Stromerzeugung skizziert, welche unter anderem für die Warmwasseraufbereitung des Schwimmbads genutzt werden könnte.» Meine Fragen:

Wurde diese Möglichkeit beim Seewasserwerk mit welchem Ergebnis geprüft?

Wie wird im Seeparksaal geheizt?

Ist der Stadtrat bereit, die Möglichkeit einer Badewasserheizung für das Schwimmbad zusammen mit dem Seeparksaal zu prüfen?

**Stadtrat Daniel Bachofen, SP:** Ja, das wurde geprüft, aber aus den Antworten geht hervor, dass auf Seiten der Arbon Energie keine Synergien bzw. keine überschüssige Abwärme vorhanden war und man das danach deshalb nicht weiterverfolgt hat. Man hat zusätzlich geprüft, ob es möglich wäre, das Schwimmbad mit Biogas zu heizen. Das wäre aber nicht bewilligungsfähig, ohne dass wir weitere Investitionen tätigen würden. Man müsste insbesondere eine Abdeckung des Schwimmbeckens vorsehen, damit das bewilligungsfähig würde. Und da alle Schwimmbecken am selben Wasser hängen, wäre das auch nicht so einfach, weil man dann entweder alle Becken abdecken müsste oder dann trotzdem Verluste hätte. Die Abdeckung wäre sowieso eine gute Möglichkeit, Energie zu sparen oder um die vorhandene Energie oder auch den Sonnenenergieeintrag besser zu nutzen. Das ist sicher etwas, was man in der Zukunft nochmals prüfen sollte. Der Seeparksaal hat eine Kombiheizung. Wir haben einerseits einen Heizkessel, der Öl oder Gas verwenden kann. Weiter gibt es drei Wärmepumpen, die an der Rohwasserleitung des Seewasserwerks hängen. Die Benützung dieser Rohwasserleitung ist an eine Konzession gebunden. Diese läuft 2028 aus, und wir sind zurzeit mit Arbon Energie im Gespräch und klären, ob und unter welchen Voraussetzungen diese Konzession 2028 erneuert werden kann.

Aus diesem Grund prüfen wir hier auch Alternativen, seien es Luft-Wasser-Wärmepumpen und andere Alternativen, die sich da anbieten könnten.

Eine Prüfung einer Kombination der Heizung des Seeparksaals mit der Badi können wir gern miteinbeziehen. Es ist allerdings fraglich, ob hier wirklich Synergien bestehen. Die Heizung des Schwimmbads ist vor allem während eines Monats, im Mai nötig. In diesem Monat hat bei kaltem Wetter auch der Seeparksaal Heizbedarf. Ob das dann gut aufgeht, dass man beides heizen kann, ist fraglich, aber wir werden das sicher mitberücksichtigen.

Auch bei anderen Projekten denkt der Stadtrat das Schwimmbad jeweils mit. Hier sind Projekte am Laufen, über die wir im Moment allerdings noch nicht informieren können. Schlussendlich ist es dann die Frage, wie viel Geld wir investieren, um während diesem einen Monat die Badi etwas wärmer zu haben. Da wird dann sicherlich auch das Parlament noch mitreden dürfen, ob sich diese Investition lohnt.

## 8. Informationen aus dem Stadtrat

**Stadtpräsident René Walther, FDP:** Sie fragen sich sicher auch, wie es nach der verlorengangenen Abstimmung mit der Gemeindeordnung weitergeht. Wir haben das beraten und gehen davon aus, dass nicht alles für die Katz war. Darum sind wir am Vorbereiten einer Vernehmlassung, einer Umfrage auch bei den Parteien, um herauszufinden, ob sich unsere Wahrnehmung mit Ihrer Wahrnehmung deckt, dass es hauptsächlich zwei Punkte waren, die zum negativen Entscheid der Bevölkerung geführt haben. Wir werden dann auch eine Vorprüfung der Gemeindeordnung durchführen und entsprechend eine neue Botschaft entwerfen und nochmals ins Parlament kommen und Ihnen, so Gott will, eine bereinigte oder korrigierte Fassung unterbreiten.

**Präsident Matthias Schawalder, SVP:** Die Interpellation «Wie weiter mit dem Schloss Arbon?» von Konrad Brühwiler, Rudolf Daepf, Ulrich Nägeli, Corinne Straub, Matthias Schawalder und Kurt Boos, alle SVP, wurde mit 19 Unterschriften an den Stadtrat überwiesen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir sind am Schluss der heutigen Sitzung. Die nächste Sitzung findet am 26. August 2025 um 19 Uhr in der Aula der Primarschule Frasnacht statt. Falls ihr das Gefühl habt, dass es heute hier drin fast zu angenehm war, keine Sorge, im Herbst gibt es wieder Debatten, die uns ordentlich einheizen werden. Bis dahin wünsche ich uns allen eine schöne, friedliche und hitzeerprobte Sommerzeit. Die Sitzung ist geschlossen.

Ende der Sitzung um 21:18 Uhr.

Für die Richtigkeit des Protokolls:

Der Parlamentspräsident:

Der Parlamentssekretär:

Matthias Schawalder

Flavio Chambron